



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 51'183
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 9
Fläche: 24'589 mm²

Warum das Klimagesetz erst nach den Wahlen beraten wird

Bürgerliche wollen erst über den Atomausstieg debattieren, bevor sie das CO₂-Gesetz verabschieden. Umweltpolitiker argwöhnen, dass so eine echte «Energiewende» verhindert werden soll.

Patrick Feuz

Eigentlich hätte der Ständerat heute Donnerstag über das neue CO₂-Gesetz beraten sollen. Etwa darüber, unter welchen Bedingungen in der Schweiz Gaskombikraftwerke möglich sein sollen. Gestern jedoch liess der Präsident der ständerätlichen Umweltkommission, der freisinnige Rolf Schweizer, das Geschäft von der Traktandenliste streichen. Die Zeit sei zu knapp, um die verbleibenden Meinungsunterschiede zum Nationalrat zu beraten. Damit wird die Debatte auf nach den Wahlen verschoben, und erst das neue Parlament wird die künftige Klimapolitik der Schweiz festlegen.

Schweigers offizielle Begründung weckt im Ökolager Misstrauen. Denn für eine Verschiebung des Geschäfts hatte an vorderster Front CVP-Ständerat Filippo Lombardi geweibelt, der in der Umweltkommission nicht als Freund der «Energiewende» gilt. Lombardi fand es «unseriös», an einer Kommissionssitzung kurz vor der Ständeratsdebatte die offenen Punkte zu klären, wie er auf Anfrage bestätigt. Laut SP-Ständerat Didier Berberat hätte es hingegen durchaus

Möglichkeiten gegeben, das Gesetz unter Dach zu bringen, «wenn der Wille vorhanden gewesen wäre».

Dieser Wille fehlt nach Einschätzung der Grünliberalen Verena Diener bei vielen Bürgerlichen. Das habe mit dem Kampf um die künftige Energiepolitik zu tun. Laut Diener wollen die bürgerlichen Ständeräte den definitiven Entscheid des Parlaments zum Atomausstieg ab-

Verena Diener befürchtet eine Energiezukunft mit viel Gas, wenig Alternativenergie und wenig Energieeffizienz.

warten, bevor sie das CO₂-Gesetz verabschieden. Danach werde ihnen der Atomausstieg als Vorwand dienen, um die Umweltvorschriften für Gaskombikraftwerke zu lockern - mit dem Argument, der wegfallende Atomstrom müsse möglichst kostengünstig ersetzt werden.

Linke opfern die Benzinabgabe

Diener befürchtet, das bürgerliche Lager könnte nach dem Atomausstieg folgende Losung für die neue Stromversorgung herausgeben: möglichst viel Gas, möglichst wenig Alternativenergie und möglichst wenig Energieeffizienz. Die grossen Stromkonzerne hätten kein Interesse daran, künftig weniger Strom verkaufen zu können.

SP, Grüne und Grünliberale halten dagegen strenge Ökoauflagen für Gaskombikraftwerke für zentral, weil nur so

genug Investitionen in die Förderung umweltfreundlicher Technologien fließen würden. Deshalb will die rot-grüne Seite im CO₂-Gesetz verankern, dass die Betreiber von Gaskombikraftwerken 70 Prozent des verursachten Treibhausgases im Inland kompensieren müssen. Der Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen hingegen fordert, dass es nur 50 Prozent sein sollen - und der Rest mit günstigen Klimaschutzprojekten im Ausland gespart werden darf. Nur so seien Gaskombikraftwerke rentabel.

Um die strengere Kompensationsvariante zu retten, haben sich SP, Grüne und Grünliberale bereit erklärt, die im CO₂-Gesetz vom Bundesrat vorgeschlagene Benzinabgabe zu opfern. Denn mit einer solchen Abgabe wäre die Absturzgefahr für das Gesetz in einer Referendumsabstimmung zu gross.

Doch es zeichnet sich ab, dass viele Bürgerliche den Bau von einem oder mehreren grossen Gaskraftwerken als Preis für den Atomausstieg sehen. Letzte Woche ist bereits der Nationalrat auf die je hälftige CO₂-Kompensation im Inland und Ausland umgeschwenkt. Nach der gestrigen Verschiebung des CO₂-Gesetzes dürfte sich am Schluss auch der Ständerat für diese Variante aussprechen.

Filippo Lombardi sagt zum Zusammenhang zwischen Atomausstieg und Vorschriften für Gaskraftwerke nur: «Einige Mitglieder der Umweltkommission wollen zuerst wissen, wie es mit dem Atomausstieg weitergeht, und dann die Schlüsse für die Klimapolitik ziehen.»